

Sozialkommission startet mit Dissonanzen

Ökonomen im Konflikt mit Gewerkschaftern / Ministerin Schmidt: Keine Denkverbote

BERLIN. Gleich in der ersten Sitzung der Sozialreformkommission ist es zu Dissonanzen zwischen den reformfreundlichen Vertretern und dem Gewerkschaftsflügel gekommen. Der als liberal geltende Mannheimer Wirtschaftsprofessor Axel Börsch-Supan forderte als Arbeitsauftrag, das durchschnittliche Rentenalter bis 2010 um fünf Jahre hochzusetzen. Er bezog sich auf eine entsprechende Festlegung von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber der EU. Der Chef der Gewerkschaft IG Bau, Klaus Wiesehügel meinte dagegen, es dürfe keine Vorfestlegungen geben. Die ebenfalls anwesende DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer hatte tags zuvor vorgeschlagen, Akademiker sollten wegen ihrer längeren Ausbildungszeit später in Rente gehen als Arbeiter.

Die vom Darmstädter Finanzwissenschaftler Bert Rürup geleitete, 26-köpfige Kommission aus Professoren, Gewerkschaftern, Unternehmern, Politikern und Funktionären soll bis Oktober 2003 Vorschläge machen, wie Renten-, Pflege- und Krankenversicherung bis 2030 auf finanziell sichere Beine gestellt werden können. Das erste Arbeitstreffen findet im Januar statt.

Die nur zum Start der Kommission anwesende Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD) sagte, in der Kommission dürfe es „weder Denkverbote noch Denkwänge“ geben. Sie erwarte „umsetzbare Vorschläge“, insbesondere für den Zeitraum 2010 bis 2030. Ziel müsse sein, die „kulturelle Errungenschaft“ der Sozialsysteme zu erhalten. Ein Umstieg beispielsweise in rein steuerfinanzierte Systeme komme nicht in Betracht.

Die Wirtschaftsprofessorin Gisela Färber aus Speyer bezweifelte in der Auftaktrunde, dass die Einstimmigkeit aller Teilnehmer herstellbar sei und schlug vor, ein Minderheitenvotum zuzulassen. Der Arbeitgeber-Vertreter Jürgen Husmann erinnerte daran, dass die Bundestags-Kommission „Demographischer Wandel“ bereits vor einem Jahr alle Probleme, die jetzt besprochen werden sollen, thematisiert habe. Der Berliner Professor Gert Wagner ließ sich von Ministerin Schmidt bestätigen, dass die Kommission nicht nur zu Verbesserungen für die Einnahmeseite, sondern auch für die Leistungsseite im Gesundheitswesen anregen könne - also zu höherer Effizienz bei der Arztbehandlung oder im Krankenhaus.

...

Den vollständigen Artikel finden Sie unter www.welt.de